

John Prince-Smith, Auszüge aus seinen *Gesammelten Schriften* (1843–63)

Kurzbeschreibung

Mit der Einschränkung von Zunftrechten, Schutzzöllen und feudalen Herrschaftsrechten in der Landwirtschaft etablierte sich zunehmend der Gedanke des Freihandels. Einer der bedeutendsten Befürworter des Freihandels in Deutschland war John Prince-Smith (1809–1874), der sowohl englischer als auch preußischer Staatsbürger war. Wiedergegeben sind Auszüge aus seinen 1843 und 1845 verfassten Aufsätzen über Freihandel und Protektionismus.

Quelle

I. Über Handelsfeindseligkeit (1843)

Ich glaube folgende Sätze als unumstösslich aufstellen zu dürfen, nämlich:

dass die Einmischung einer Regierung in den Gang des Erwerbes durch Zolleinrichtungen nur *den Gewinn verbieten oder den Verlust gebieten könne*;

dass ein Hervorrufen gewisser Gewerbszweige durch Schutzzölle nicht die Beschäftigung für Arbeit und Kapital vermehren, sondern nur zur schadenmachenden Beschäftigungsweise bestimmen könne;

dass, ohne solche künstliche Bestimmung, die zu beschützten Gewerben verwendeten Kapitalien und Arbeiter Anwendung in freien gewinnbringenden Gewerben finden würden; — (denn der Preis, den die beschützten Gewerbe für Kapital und Arbeit zahlen müssen, ist der Preis, den die unbeschützten Gewerbe für dieselben bieten.)

dass das Schutzsystem, durch Kapitalsvernichtung, den Fonds zur Beschäftigung der Arbeiter im Ganzen vermindert;

dass die Unternehmer beschützter Gewerbe unter dem allgemeinen Drucke leiden müssen, den das Schutzsystem, durch Vertheuerung der Verbrauchsgegenstände, über alle Mitglieder der Nation verbreitet;

dass das Schutzsystem exotische, auf einen beschränkten Absatz an's Inland angewiesene Gewerbe, an die Stelle solcher natürlich einheimischer Produktionszweige setzt, welche sich einen Weltmarkt erringen dürften;

dass der Versuch einer Repressalie durch einen Schutzzoll nur eine Vermehrung des Schadens für die eigenen Unterthanen ist;

dass der Versuch, den aus einer fremden Restriktion erwachsenden Nachtheil durch eine selbst aufgelegte Restriktion aufzuwiegen, gerade den Verlust des zuerst benachtheiligten Unterthanen vermehrt;

dass das ganze Prohibitivsystem, aus Unwissenheit hervorgegangen, eingebildeten Vortheilen, ohne alle Berechnung der Kosten, nachstrebt.

Aber es giebt auch einen anderen Gesichtspunkt, aus dem die Verwerflichkeit des Schutzsystems

hervorleuchtet. Wenn, durch jenes System, auf Kosten der Konsumenten, gewissen Produzenten ein Gewinn wirklich erwüchse, so hätte keine Regierung ein Recht, Solches zu bewirken. — Die Regierung ist da, um Jeden in dem Genusse der Früchte seiner Betriebsamkeit zu schützen. Nicht nur überschreitet es die Befugnisse der Staatsverwaltung, sondern es läuft ihrer ersten Pflicht geradezu entgegen, dem Einen seine erworbene Habe wegzunehmen, um sie einem Andern zu geben. Die Regierung ist zwar darauf angewiesen, die Genüsse der Unterthanen zu verkürzen, insofern sie sich die Mittel zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit nehmen muss; auch steht es ihr zu, ein ferneres Opfer, zur Beförderung allgemein wohlthätiger Veranstaltungen, abzufordern, insofern daraus, *für die dabei Belasteten*, ein das Opfer überwiegender Vortheil erwächst. Aber weiter geht ihre Befugnis nicht. Wenn auch gewisse Kapitalisten einen Vortheil daran haben, drei Millionen Thaler und 5000 Arbeiter zur Rübenzuckerfabrikation zu verwenden, so hat die Regierung nicht das Recht, um dieses möglich zu machen, alle übrigen Unterthanen um eine Million Thaler jährlich zur Deckung des erfolgenden Steuerausfalls zu belasten. Wenn nicht die dürftigste Klugheit davon abriethe, müsste das gewöhnlichste Gefühl für Gerechtigkeit es verbieten. Dass solche Operationen vor sich gehen, liegt nur in jener Verkehrtheit der Ansichten, in welcher nicht nur die Finanzmänner, sondern fast alle Völker befangen sind. — Die Schädlichkeit des Schutzsystems wird von den ausgezeichnetsten preussischen Staatsmännern wohl eingesehen. Dr. Bowring sagt sogar unumwunden in seinem Bericht über den deutschen Zollverband, dass die allgemeine Ueberzeugung der Departements-Chefs in Preussen *wider* eine schützende Gesetzgebung sei. Ein noch zuverlässigeres Zeugnis für die aufgeklärten Handels-Grundsätze der preussischen Regierung giebt indessen eine Ministerial-Instruktion vom 26. Dezember 1808, worin gesagt wird:

„Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gange zu überlassen, das heisst: keine derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützungen zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und Ausbreiten zu beschränken.“

„Neben der Unbeschränktheit bei Erzeugung und Verfeinerung der Produkte ist Leichtigkeit des Verkehrs und Freiheit des Handels, sowohl im Innern als mit dem Auslande, ein nothwendiges Erforderniss, wenn Industrie, Gewerbsfleiss und Wohlstand gedeihen sollen, zugleich aber auch das natürlichste, wirksamste und bleibendste Mittel, sie zu befördern.“

„Es werden sich alsdann Gewerbe von selbst erzeugen, die mit Vortheil betrieben werden können, und dieses sind wieder diejenigen, welche dem jedesmaligen Produktionszustande des Landes und dem Kulturzustande der Nation am angemessensten sind. Es ist unrichtig, wenn man glaubt, es sei dem Staate vortheilhaft, Sachen dann noch selbst zu verfertigen, wenn man sie im Auslande wohlfeiler kaufen kann. Die Mehrkosten, welche ihm die eigene Verfertigung verursacht, sind rein verloren und hätten, wären sie auf ein anderes Gewerbe angelegt, reichhaltigen Gewinn bringen können Es ist eine schiefe Ansicht, man müsse in einem solchen Falle das Geld im Lande zu behalten suchen und lieber nicht kaufen. Hat der Staat Produkte, die er ablassen kann, so kann er sich auch Gold und Silber kaufen und es münzen lassen.“

„Es ist nicht nothwendig den Handel zu begünstigen, er muss nur nicht erschwert werden.“

„Der Regierungen Augenmerk muss dahin gehen, die Gewerbe- und Handelsfreiheit soviel als möglich zu befördern und darauf Bedacht zu nehmen, dass die verschiedenen Beschränkungen, denen sie noch unterworfen ist, abgeschafft werden.“ —

II. Über die Nachteile der Industrie durch die Erhöhung der Einfuhrzölle (1845)

Mit grösster Anstrengung und erstaunlichen Opfern baut jetzt Deutschland Chausseen, Eisenbahnen und Dampfschiffe. Es richtet sein Hauptbestreben auf Erweiterung und Erleichterung der Verkehrsmittel im

Interesse der Industrie. Verkehr und Industrie sind, nach der Ansicht unserer Zeit, zwei unzertrennliche gegenseitig sich bedingende Momente. Die erweiterte Industrie erfordert erleichterten Verkehr, und von diesem erwarten wir wiederum einen ferneren Aufschwung jener.

Die Frage über Hemmung des Verkehrs hat in unseren Tagen eine ganz neue Wichtigkeit erlangt. In früherer Zeit, als der Verkehr durch unbesiegte natürliche Hindernisse so sehr beschränkt ward, da konnte einige künstliche Hemmung desselben zwar die Entwicklung der Industrie erschweren, aber doch nicht eingreifend auf das ganze Wesen derselben wirken; denn die Industrie war damals nicht auf einen weitreichenden Verkehr basirt; es fehlten noch die Mittel, um sie auf einen solchen zu gründen. Jetzt aber, da die menschliche Energie, mit Hilfe des Eisens und des Dampfes, die gewaltigsten Lastenmassen durch Thal und Berg und Meer mit einer Schnelligkeit fortreibt, welche die Entfernungen fast verschwinden macht, — jetzt, da ein von den natürlichen Fesseln so wunderbar befreiter Verkehr eine allgemeine Umgestaltung der Industrie in's Werk setzt, müssen Einmischungen in den natürlichen Entwicklungsgang die weitverbreitetsten und tiefgreifendsten Folgen haben. Jeder erleichterte oder neueröffnete Verkehrsweg führt eine neue Arbeitstheilung, eine grössere Zentralisation und Lokalisation der Gewerbe, eine vortheilhaftere Verwendung der Produktionsmittel herbei.[1]) Das Verstecken grosser Kapitalien in Chausseen, Eisenbahnen und Dampfschiffe geschieht nur in der Aussicht, dass man aus den übrigbleibenden Betriebsmitteln, durch eine vortheilhaftere Verwendung, ein grösseres Einkommen ziehen werde, als man vorher aus dem ganzen Betriebskapitale bezog. Aus der Grossartigkeit der jetzt für die Kommunikation gemachten Verwendungen kann man die Grösse der im Werke begriffenen oder bevorstehenden Veränderungen aller Kapitalsanlagen ermessen. Hier werden Gewerbe eingeschränkt, dort ausgedehnt. Hier schwinden alte Betriebszweige, dort entstehen neue; die ganze Industrie empfängt eine neue Basis in einer neuen Arbeitstheilung, jeder Zweig einen neuen Wirkungskreis; und demgemäss muss die ganze Industrie ihre Einrichtungen im weitesten Umfange umgestalten. Man bedenke also, was für Folgen es haben muss, wenn man in einem solchen Augenblicke täppisch eingreift und Missgriffe macht, — wenn man, aus Unkenntniss des Wesens der Industrie, oder durch die trüglichen Ränke der Sonderinteressenten verleitet, einem solchen regen Entwicklungsgang eine Gestalt giebt, welche, insofern sie naturwidrig ist, auch unhaltbar sein muss. Grösse-Verluste am Eigenthume, welches man zu unvortheilhafter Verwendung zwingt, werden die geringsten Uebel sein. *Das Unheil dabei wird darin liegen, dass man eine grosse arbeitende Bevölkerung in Industriezweige verwickelt, welche, den Landesverhältnissen nicht angemessen, und nicht auf natürlichem Boden wurzelnd, sich nicht mit dem Wachstum des Volkes und seiner Bedürfnisse ausdehnen können, sondern vielmehr die Nahrungsquellen überhaupt, durch unergiebige Verwendung, kürzen, anstatt sie zu vermehren.* Die unausbleibliche Strafe solcher Missgriffe liegt in sozialen Krisen, deren Ausbruch zuerst und am härtesten die schuldigen Urheber des Uebels trifft. Es ist nicht mehr die Zeit, in der man seinen Gewinn, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Volksmasse, verfolgen darf. Die Zeit kommunistischer Aufregung ist nicht eine Zeit, in der die Konsumenten durch einzelne Kapitalisten besteuert werden dürfen, — nicht eine Zeit, in welcher das Allgemeininteresse dem Sonderinteresse geopfert werden darf. *Das Jahrhundert des Eisenbahnbaues ist nicht eine Zeit zur Beschränkung des erwerblichen Verkehrs.*

III. Über den Markt (1863)

Im *Arbeitsmarkt* sucht diejenige zahlreichste Menschenklasse, welche kein dingliches und auch, wegen Mangel an Erziehungsmitteln, nur wenig persönliches Kapital besitzt, sich mit dem dinglichen und höheren persönlichen Kapitale zu vereinigen, welches sie in den Stand setzt, die ihr nöthigen Unterhaltungsmittel zu schaffen. Sie vermietet ihre Arbeitskraft an befähigte Kapitalisten. Der Lohn oder Miethspreis der Arbeit hängt, wie jeder Preis überhaupt, unmittelbar von dem Verhältniss zwischen Nachfrage und Angebot ab. Die Grösse der Nachfrage nach Arbeit ist bedingt durch die Grösse des angesammelten Kapitals; denn der Kapitalist hat das direkteste Interesse, so viel Arbeiter zu beschäftigen, als er, je nach Art seines Betriebs, mit den nöthigen Einrichtungen und Vorschüssen versehen kann.[2]) Die Grösse des Angebots von Arbeit ist bedingt durch die Zahl der Lohnsuchenden

und den Grad ihrer Leistungsfähigkeit. Die Verbesserung des Lohns ist nur dadurch möglich, dass das Kapital noch stärker als die Arbeiterzahl vermehrt werde. Der einzelne Arbeiter kann nur dann mehr Befriedigungsmittel erhalten, wenn seine Arbeit mit mehr Kapital unterstützt wird und dadurch mehr Befriedigungsmittel schafft. Alle auf etwas Anderes zielenden Bestrebungen und Vorschläge sind Täuschungen. Damit die bei weitem zahlreichste Menschenklasse mehr geniessen könne, muss sie mehr Genussmittel schaffen, und dies kann nur auf dem Wege des allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritts, durch Vermehrung und Vervollkommnung der produktiven Hilfsmittel und Einrichtungen, sowie durch bessere Ausbildung der Arbeitskräfte geschehen.

So selbstverständlich dies auch sein sollte, haben Einzelne geglaubt, dass das Ziel auf einem kürzeren Wege zu erreichen sei. Sie wollten, ohne das Gesamtprodukt vergrößert zu haben, den Arbeitern einen vergrößerten Antheil an demselben verschaffen, mithin den Antheil der Kapitalisten entsprechend kürzen.[3]) Kürzt man aber den Gewinn des Kapitalisten, so vermindert man damit sein Interesse, Kapital zu sammeln und zu erhalten, sowie seine Fähigkeit, sein Kapital zu vergrößern, mithin seine Nachfrage nach Arbeit zu erweitern. Ein hoher Kapitalsgewinn führt dagegen am raschesten zur Lohnerhöhung; denn er giebt den stärksten Reiz zur Kapitalsvermehrung. Der grosse Uebelstand für die Arbeiter liegt darin, dass der Kapitalsgewinn und die Kapitalsvermehrung so wesentlich gekürzt wird durch die Staatsausgaben zu unproduktiven Zwecken; — die Kapitalisten würden den Leuten, die für sie arbeiten, viel mehr zu verzehren geben können, wenn sie nicht daneben so viele Friedenssoldaten unterhalten müssten, die ihre Zehrung nicht durch Arbeit wiedererstaten. Würde bei allen europäischen Staaten das schweizerische Milizsystem eingeführt, so müsste in kurzer Zeit das Kapital so anwachsen, der Lohn so steigen, dass von Noth des Arbeiterstandes nicht mehr die Rede wäre. Hier liegt die Lösung der Arbeiterfrage.

„Aber“, wendet man ein, „alle Vermehrung des Kapitals hilft nichts, denn die Zahl der Arbeitssuchenden hält nothwendig damit Schritt, und zwar nach einem von allen Volkswirthen bestätigten *eisernen* Gesetze, welches den Arbeitslohn stets auf dasjenige herabdrückt, was zur kümmerlichsten Fristung des Lebens ausreicht.“ Dieser Einwand ist völlig unbegründet. Die Wissenschaft der Volkswirtschaft weist vielmehr auf ein Gesetz hin, welches eine fortschreitende Besserung der Lage der Arbeiter sichert. Eine Bevölkerung vermehrt sich nämlich rascher oder langsamer, jenachdem sie sich mehr oder weniger behaglich fühlt, d. h. jenachdem ihre Befriedigungsmittel mehr oder weniger ihren gewöhnten Lebensansprüchen genügen. Bei einem gegebenen Maasse von Befriedigungsmitteln kann nun das eine Volk sich ganz behaglich fühlen und wuchern, während ein anderes, bessergewöhntes Volk dabei überdrückendes Elend klagen und zusammenschwinden würde. Es kommt hierbei auf Gewöhnung, auf den erreichten Kulturgrad, also auf die kulturgeschichtliche Vergangenheit jedes Volkes an. Im Allgemeinen setzt sich die Volksvermehrung überall in dasjenige Verhältniss zur Kapitalsvermehrung, welches das gewöhnte Maass von Befriedigung sichert; — verringerte sich die erzielte Befriedigung unter dieses Maass, so würde der bisherige Volkszuwachs sofort verlangsamt werden. Wenn dagegen, wie häufig geschieht, die Kapitalszunahme einen grossen Aufschwung nimmt, z. B. in Folgen neuer Erfindungen und Entdeckungen oder der Erweiterung wirtschaftlicher Freiheit, dann entsteht plötzlich die Nachfrage nach mehr Arbeitern. Aber mehr Arbeiter sind nicht plötzlich zu haben; sie müssen erst in vermehrter Zahl erzogen werden, und dazu gehören mehrere Jahre; und während dieser Zeit herrscht ein gesteigerter Lohn, und dieser gewöhnt an gesteigerte Lebensansprüche, erhöht mithin das Maass von Befriedigungsmitteln, welches die Kapitalisten gewähren müssen, um ihren Bedarf an Arbeitern in dem bisherigen Verhältnisse befriedigt zu sehen. Um aber bestimmte Lebensansprüche festzuhalten, muss die Arbeiterklasse schon an einen einigermaßen gesicherten Unterhalt, an Sauberkeit und eine bescheidene Anständigkeit ihrer Häuslichkeit, sowie an gewisse geistige und gesellige Befriedigungen gewöhnt sein; sie muss durch Selbstgefühl einen sittlichen Halt in sich haben; und dieses erreicht sie nur in der volkswirtschaftlichen und politischen Freiheit. In dem Umstande, dass die Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse wesentlich durch ihre geistige und sittliche Hebung gesichert wird, liegt das *goldene Gesetz* des gesellschaftlichen Fortschritts. — Das Elend der untersten Volksschicht darf

übrigens nicht mit Noth der Arbeiterklassen verwechselt werden. Die wirklich in das Wirtschaftssystem eingereihten Arbeiter, deren Kräfte durch Kapital genügend unterstützt werden, leben keineswegs im Elende; der Kapitalist kann sie nur dann brauchen, wenn er sie so ernährt, dass sie einen Kraftüberschuss haben, denn nur dieser kommt ihm zu Gute. Die wirklich Darbenden sind solche, deren Arbeitskraft fast gar nicht durch Kapital unterstützt wird und daher entsprechend wenig schafft, solche, die noch auf einer vorwirthschaftlichen Stufe stehen geblieben sind, und für deren Einreihung in den eigentlichen Wirtschaftsbetrieb das vorhandene Kapital noch nicht ausreicht. Doch lässt sich zur vollen Beschäftigung Aller das genügende Kapital unschwer und sogar rasch schaffen bei voller Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung^[4], — wenn nur nicht der Staat zu viel vom Geschafften verschlingt.

ANMERKUNGEN

[1] *Major von Prittwitz* zeigt, dass der Absatz, von einem gewissen Punkte aus, *im Quadrate* desjenigen Verhältnisses wächst, in welchem die Versandkosten vermindert werden; weil die Entfernung bis zu welcher mit Gewinn versandt werden kann, oder der Radius des Versendungskreises, in umgekehrtem Verhältnisse zu den Transportkosten steht. Note des Verf.

[2] Wenn indessen Furcht vor politischen oder wirtschaftlichen Störungen herrscht, ziehen es viele Kapitalisten vor, ihre Mittel ruhen zu lassen, weshalb solche Krisen zeitweise die Nachfrage nach Arbeit sehr verringern können.

[3] Sie sagen: „Die Arbeiter schaffen Alles.“ Mit Hülfe des Kapitals wohl. Aber wie viel könnten denn die Arbeiter allein ohne Kapital schaffen? Halte man z.B. die Ernte, die der Mann auf rohem Boden mit einer bloßen Hacke erzielen könnte, gegen diejenige, die er auf kultiviertem Acker mit einem Pfluge herstellen hilft. Der Mehrertrag ist dem Kapitale zu verdanken. Dieser Mehrertrag fällt aber nicht ganz dem Kapitalisten zu; denn der Feldarbeiter erhält im Lohn mehr Befriedigungsmittel, als er ohne Kapital herstellen könnte.

[4] Unerwähnt darf nicht bleiben, dass in manchen Ländern, z.B. in Deutschland, ein grosser Theil des Bodens in den Händen von Bauern ist, denen die Intelligenz zur Kapitalsverwendung auf den Ackerbau ganz fehlt. Es kann also der Preis der Nahrungsmittel nicht gleich den Preisen der Gewerkswaren verwohlfeilert werden. Der Lohn hat aber in den Preisen der Gewerkswaren eine Schranke, während die Ernährung der Arbeiter vom Verhältniss zwischen seinem Lohn und den Preisen der Nahrungsmittel abhängt.

Quelle: Auszug I: John Prince-Smith, „Ueber Handelsfeindseligkeit“, in *John Prince-Smith's gesammelte Schriften*, Hrsg., Otto Michaelis und Karl Braun-Wiesbaden. Berlin: Verlag von F. A. Herbig, 1877–80, Band 2, S. 141–44; Auszug II: John Prince-Smith, „Ueber die Nachtheile der Industrie durch Erhöhung der Einfuhrzölle“, in *John Prince-Smith's gesammelte Schriften*, Band 2, S. 177–79; Auszug III: John Price-Smith, „Der Markt, eine Skizze“, in *John Prince-Smith's gesammelte Schriften*, Band 1, S. 19–22.

Empfohlene Zitation: John Prince-Smith, Auszüge aus seinen Gesammelten Schriften (1843–63), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <<https://germanhistorydocs.org/de/vom-vormaerz-bis-zur-preussischen-vorherrschaft-1815-1866/gldi:document-468>> [30.04.2024].